

## Lebendige Demokratie

Von Chefredakteur Dr. Alfred Missong

Illusionen sind stets vom Uebel. Ganz besonders aber dann, wenn sie in die Sphäre der Politik Eingang finden und dort als Grundlage eines Optimismus dienen, der durch die tatsächlichen Verhältnisse in keiner Weise gerechtfertigt erscheint. Daß heute solche Illusionen namentlich im Hinblick auf das demokratische Bewußtsein und Verantwortungsgefühl der breiten Volksmassen da und dort bestehen, läßt sich kaum in Abrede stellen. Manchmal hat man fast das Gefühl, daß eine bewußte Absohaltung die Verdrängung unliebsamer Erkenntnisse und Einsichten erleichtern müsse. Wir tun so, als ob das österreichische Volk in allen seinen Schichten von der Güte und Unersetzbarkeit der Demokratie bereits völlig überzeugt wäre. Wir reden und handeln so, als ob der demokratische Charakter unseres derzeitigen staatlichen Lebens nirgendwo ernsthaft angezweifelt würde. Und wir verhalten uns so, als ob es durchgängig eine positive innere Anteilnahme des Volkes an den demokratischen Einrichtungen unseres Staates und ihrem Funktionieren gäbe.

Die Wirklichkeit sieht leider erheblich anders aus. Wer viel mit den verschiedenen Schichten des Volkes zu tun hat, weiß darum Bescheid. Er weiß vor allem, daß die allgemeine Resignation, die sich als Folge der vielen und schweren Enttäuschungen der letzten drei Jahre eingestellt hat, in stärkstem Maße gerade das politische Denken und Urteilen infiltiert. Der extremste Grenzfall ist da der Typus des Staatsbürgers, der am liebsten gar kein Staatsbürger sein möchte. Ich begegnete ihm jüngst wieder in der Straßenbahn, wo er seinem Gesprächspartner mit dem Brustton ehrlichster Ueberzeugung erklärte: „I mein' halt immer, solange' die Politik regiert, kann's bei uns net besser werden.“ Gewiß hätte sich dieser brave Mann aus dem Volke sehr gegen den Vorwurf verwahrt, ein Anarchist zu sein. Er gab sich bestimmt keine

Rechenschaft darüber, daß ein Staatswesen ohne Politik nicht denkbar ist; was er mit Politik meinte, war nicht die staatsgestaltende Tätigkeit, die er sicher gelten läßt, sondern offenbar jede Art von unfruchtbarem parteipolitischem Gezänke. In seinem Kopf geht parteipolitischer Hader und Politik überhaupt durcheinander. Solche Konfusion ist in unseren Tagen eine sehr häufige Erscheinung. Infolgedessen gibt es nicht unbeträchtliche Gruppen des Volkes, die mit dem Begriff Politik überhaupt nur Unwertvorstellungen verbinden können. Darin müssen wir ein ebenso bemerkenswertes wie unerfreuliches Symptom erblicken; denn die Menschen, denen die Politik einfachhin als ein Negativum gilt, kommen nicht einmal als passive Demokraten in Betracht. Sie wollen alles, was nach Politik riecht, weit weg von sich schieben, wollen es denen überlassen, die an einer solch üblen Geschäftigkeit Freude haben und dabei ihren Vorteil finden. Kein Zweifel, daß so Lücken im demokratischen Gefüge des Staates entstehen und daß die mit der negativ bewerteten Politik identifizierte Demokratie auf diese Weise immer mehr in Mißkredit gerät.

Stellen wir dem einfachen Mann von der Straße, den der Ekel schüttelt, wenn er das Wort Politik hört, einen bestimmten Intellektuellentyp gegenüber, so gewinnen wir Einblick in die große Skepsis, mit der diese Kreise unsere heutige Demokratie beurteilen. Sie meinen vielfach, es bedeute eine Verunglimpfung des Begriffes Demokratie, wenn man unserem derzeitigen Staatsleben das ehrenvolle Epitheton demokratisch beilege. Der Gründe dafür geben sie eine ganze Menge an, z. B.: von einem wirklichen Mitspracherecht des Volkes könne nicht die Rede sein, weil in Wahrheit das angeblich souveräne Volk von Volksvertretern dominiert werde, auf deren Nominierung ihm keinerlei Einfluß zustehe; die Monopolstellung der drei Parteien erfülle den

ganzen politischen Raum dergestalt, daß jede, selbst die leiseste Abweichung von der parteiamtlich punzierten Meinung wenn schon nicht unmöglich, so jedenfalls in der Öffentlichkeit nicht vertretbar sei; es zeige sich eine gewisse Dünkelhaftigkeit der Volksvertreter, die nicht so sehr im Vertrauen auf ihre Sachverständigkeit und Tüchtigkeit als vielmehr im Vertrauen auf die Eingeleisigkeit des Parteiapparates ihre Amovierbarkeit überhaupt nicht in Betracht ziehen und sich gleichsam schon für erbeingesessene Volksregenten halten; der absolute Primat des Parteimechanismus vor der politischen Persönlichkeit habe zur Folge, daß die gesetzgebenden Körperschaften eigentlich nur als Vollzugsorgane der Parteileitungen, nicht aber als Fora der ernstesten politischen Meinungskämpfe und der Herausarbeitung der jeweils besten Lösungen politischer Probleme in Erscheinung treten.

Es ist entschieden gut und dringend notwendig, sich über diese kritische Volksstimmung, die an die Substanz der repräsentativ-parlamentarischen Demokratie rührt, freimütig Rechenschaft zu geben. Ein Verzicht auf solche Rechenschaftsablegung wäre gleichbedeutend mit einem Kult des Illusionismus oder — anders ausgedrückt — mit dem Verhalten des Vogel Strauß. Auch die Gewißheit, daß Primitivität und Unverständnis auf der einen und unerfüllte politische Ambitionen auf der anderen Seite entscheidend an Desinteressement und Skepsis gegenüber unserer Demokratie beteiligt sind, gestattet nicht, einfachhin darüber zur Tagesordnung überzugehen. Sowohl das demokratische Gewissen als auch die Verpflichtung gegenüber der Oesterreichischen Volkspartei, in die wir unser Vertrauen setzen und deren gebieterische Stellung uns für das Wohlergehen Oesterreichs lebenswichtig erscheint, zwingen uns zum Nachsinnen darüber, wie an Stelle der Gleichgültigkeit und des Mißtrauens ein lebendiges Interesse am demokratischen Leben unseres Staates erweckt werden kann.

Das überzeugendste Argument gegen alle Kritiker und Unzufriedenen ist zweifellos das Dementi durch evidente Tatsachen. Es gilt, den Wahrheitsbeweis dafür zu erbringen, daß die Demokratie keinen unfruchtbaren Leerlauf, verursacht durch parteipolitische Gehässigkeiten und Aufputschung der Leidenschaften, bedeutet, sondern daß sie vielmehr jene politische Technik ist, die ebensowohl den friedlichen Ausgleich bestehender Gegensätze und Spannungen im Volkskörper wie auch die Auffindung der bestmöglichen Lösungen politischer Aufgaben verbürgt. Das Volk hat ein sehr feines Gefühl dafür, daß es bei

allen gewichtigen staatlichen Entscheidungen um die Verwirklichung von Werten gehen muß, daß letzten Endes die Kategorie des Guten, die schon in der Staatsphilosophie Platos eine zentrale Stellung einnimmt, das eigentliche Thema der staatsbaumeisterlichen Tätigkeit zu sein hat. Da es im politischen Bereich kaum jemals ein absolut Gutes geben kann, muß die Politik ihr Absehen darauf richten, jeweils wenigstens das relativ Beste geistig zu erringen und ihm zur Durchsetzung zu verhelfen. Solange wir es nicht erreichen, daß das Volk den politischen Akteuren den reinen und selbstlosen Eifer für das Gute glaubt, wird die Rehabilitierung der Politik, die durch die terroristischen Praktiken diktatorischer Systeme soviel an Prestige verloren hat, bestimmt nicht gelingen. Daraus folgt, wie wichtig es ist, Ritterlichkeit im politischen Kampfe, Vertrauenswürdigkeit und Integrität der politischen Würdenträger und Sorgfalt bei der Zusammenstellung der politischen Kandidaturen sicherzustellen.

Gerade deshalb, weil die Masse des Volkes bei der Bewertung der gewählten Volksvertreter instinktiv überaus strenge Maßstäbe anzulegen pflegt, muß die Partei, die auf Uebereinstimmung mit den Wünschen und Erwartungen des Volkes bedacht ist, sich diese Maßstäbe selbst zu eigen machen. In erster Linie ist dabei wohl auf die ethische Qualifikation zu achten, aber kaum minder wichtig erscheint die politische Kompetenz, die auf Begabung, Wissen und Eifer beruht. Immer wieder ist der Demokratie der Vorwurf gemacht worden, daß sie einen Kultus der Inkompetenz wenn schon nicht pflege, so doch sehr erleichtere. Bereits in dem 1917 erschienenen Werk des Franzosen Lysis „Vers la Démocratie Nouvelle“ beklagte es der Autor, dem die innere Erneuerung der Demokratie am Herzen lag, daß „in allen Berufen die Kompetenz für unerlässlich gehalten wird, daß man hingegen keine besondere Eignung für die Regierung unseres Landes verlangt.“<sup>1</sup> Diese Klage bekommen wir auch heute oftmals zu hören, und sie hat sicherlich eine gewisse Berechtigung. Und zwar um so mehr dann, wenn beobachtet werden kann, daß nicht geistig überlegene Köpfe das Gros der demokratischen Politikerschaft bilden, sondern zuweilen Menschen, die in anderen Berufen wenig oder nicht erfolgreich waren. Die breite Auswahlmöglichkeit, die gerade die Demokratie bietet, wird hier nach dem Urteil der Kritiker aller Volksschichten viel

<sup>1</sup> In der französischen Originalfassung heißt es: „Dans tous les métiers compétence tenue pour indispensable, mais aucune aptitude requise pour gouverner notre pays.“

zuwenig ausgenützt. Und außerdem spielen in die Auswahl oft weit über Gebühr und Notwendigkeit berufsständische Erwägungen hinein, die einer anderen als der demokratischen Ebene angehören. Es ist ja beileibe nicht so, daß beispielsweise Handwerker nur in Angehörigen ihres Berufes taugliche politische Vertreter finden können. Das Volk verlangt dies gar nicht, sondern es wünscht eben solche politische Mandatare, die von den verschiedenen Sparten der Politik wirklich etwas verstehen, die Geist und Phantasie haben und die Konsequenzen ihrer politischen Voten auf weite Sicht hinaus voraussehen. Vielleicht wäre in der Tat die Anregung, die zuweilen gegeben wird, man möge von jedem, der sich als Legislator dem Volke zu präsentieren wünscht, den Nachweis der legislatorischen Befähigung verlangen, doch ernster Beachtung wert. Warum sollte der Ausbildung der Persönlichkeiten, die in concreto über das Wohl und Wehe des Staates zu entscheiden haben, nicht mindestens die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt werden, die für die Betätigung in einem anderen Berufe selbstverständlich ist? Wir haben heute in den meisten parlamentarischen Demokratien manche nur schwach qualifizierte Arbeiter an der Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaschinerie der Staaten und zuwenig hochqualifizierte. Dieses Mißverhältnis zugunsten der hochqualifizierten Arbeitskräfte auszugleichen, was wohl kaum ohne stärkere Berücksichtigung der Intellektuellen möglich sein wird, dürfte auch eines der Existenzprobleme der Demokratie sein. Das Volk fühlt die gebieterische Gegebenheit dieser Aufgabe, es will kein politisches Stümpertum, sondern eine Elite demokratischer Politiker, von deren Agieren es zumindest keine schlimmen Fehlgriffe befürchten muß.

**Dem Verlangen nach einer Reform des Listenswahlsystems liegt primär der eben angedeutete Wunsch zugrunde.** Wird diesem Verlangen beharrlicher Widerstand durch die Parteien entgegengesetzt, so bildet sich im Volke notwendig die Meinung heraus, die Parteien seien in Sorge, es könne das Urteil der Wählerschaft über die Qualität der Parteikandidaten doch etwas anders ausfallen als jenes der Parteileitungen. Gewiß wird es unschwer gelingen, das Wissen um die zentrale Funktion der Parteien in der Demokratie zum Gemeingut des Volkes zu machen, keineswegs aber wird sich das Volk auf die Dauer die Ansicht aufzwingen lassen, daß der Wähler nur die Partei seines Vertrauens, nicht hingegen die Persönlichkeiten seines Vertrauens selbst be-

zeichnen dürfe. Diese Anonymisierung des Wahlaktes wird als unerträglich empfunden und trägt in hohem Maße die Schuld an der steigenden politischen Indifferenz und Indolenz großer Bevölkerungsschichten. Selbst der schlichteste Staatsbürger hat es heute schon begriffen, daß durch das starre, unpersönliche Listenwahlrecht die Abhängigkeit des Volksvertreters von seinen Wählern, die doch ein Gutteil des Sinnes der Demokratie ausmacht, durch die Abhängigkeit von der Partei substituiert wird. Der gewählte Politiker, dessen Name nicht einmal auf dem Stimmzettel aufschien, „wird“ — wie Min. a. D. Dr. Emmerich Czermak<sup>2</sup> das ausdrückt — „immer bestrebt sein, seine Arbeit mit dem Willen der Parteiführung in Einklang zu bringen. Er wird vielleicht nicht den Mut besitzen, gegen ein Unrecht zu kämpfen, wenn es ihn selbst in Gefahr bringt, d. h. wenn er gewärtigen muß, zur Strafe für seine Hartnäckigkeit auf keinen gesicherten Platz auf der Liste zu gelangen.“ Aber nicht nur die Angst vor der „Parteistrafe“, sondern auch die Möglichkeit, im Parteiapparat unterzutauchen und so individueller Leistungen leichter überhoben zu sein, spielt hier eine Rolle. Und zwar eine solche, die unter Umständen sehr niveaudrückend sein kann. Mit Recht weist Czermak in der erwähnten Schrift, deren Lektüre nicht eindringlich genug empfohlen werden kann, von einem positiven Ausgangspunkt aus auf den hier in Rede stehenden Tatbestand hin; er schreibt: „Es besteht kein Zweifel, daß ein Parlament auch nur dann ein höheres Niveau haben wird, wenn jeder einzelne Abgeordnete sich zur Geltung zu bringen vermag, und daß Kandidaten von höherem Niveau Vertreter des Volkes sein werden, wenn die Abhängigkeit von den Parteiführern etwas gelockert, die Bedeutung des einzelnen Mannes gehoben wird.“<sup>3</sup> Verschiedene europäische Staaten — Czermak nennt Belgien, Irland, die Schweiz, Norwegen, Dänemark, Schweden, Finnland und die Niederlande — haben bereits heute Wahlsysteme, die wohl auf dem Proporz basieren, aber doch dem Wähler die Auswahl der bevorzugten Kandidaten gestatten. **Ein Ding der Unmöglichkeit ist also die Verbindung von Proporz und relativ freier Kandidatenliste keineswegs.** Ihre Realisierung liegt wahrscheinlich auf der Linie, die **Dr. J. Tzöbl** schon 1926 anlässlich der Wahlrechtsreformverhandlungen im niederösterreichischen Landtag empfohlen hat. Nach Czermak schlug Tzöbl zweierlei vor: 1. Beibehaltung der partei-

<sup>2</sup> Emmerich Czermak: Demokratie und Wahlrecht. Oktav, brosch., 47 S., Europa-Verlag, Wien-Zürich 1948.

<sup>3</sup> A. a. O., S. 23 f.

amtlich gereihten Liste mit dem Recht des Wählers, einen Kandidaten mit einem Vorzugszeichen zu versehen oder einen mißliebigen zu streichen. 2. Die Kandidatenliste wird zwar parteiamtlich aufgestellt, aber in alphabetischer Folge gereiht. Der Wähler muß jedem Kandidaten durch Beisetzen der Reihungsziffern selbst den Platz anweisen, auf den er ihn gestellt zu sehen wünscht<sup>4</sup>.

Das Bedürfnis der Wählerschaft, sich für konkrete Persönlichkeiten statt bloß für Parteiorganisationen zu erklären, läßt sich bei einer derartigen Wahlreform freilich um so sicherer und vollständiger erfüllen, je größer die Zahl der Parteikandidaten ist, unter denen der Wähler die Elektionsmöglichkeit hat.

Die Oesterreichische Volkspartei befaßt sich seit dem Vorjahr mit dem Studium der Wahlrechtsreform; sie hat durch Beschluß des Bundesparteitages vom April 1947 eine Kommission eingesetzt, deren Aufgabe es ist, eine entsprechende Reformvorlage auszuarbeiten. Man darf daher hoffen, daß, soweit es auf unsere Partei ankommt, die Wahlreformfrage doch in Bälde aus dem Stadium der theoretischen Vorbereitung in jenes der interparteilichen und schließlich der parlamentarischen Verhandlungen treten wird. Ad acta gelegt werden kann sie jedenfalls, so vordringlich auch andere Probleme immer wieder sein mögen, nicht mehr; denn von ihrer Lösung hängt es ganz entscheidend ab, ob wir zu einer Verlebendigung unserer Demokratie kommen werden oder ob diese der Petrifizierung anheimfallen wird.

Einen weiteren durchaus gangbaren Weg, das demokratische Bewußtsein des Volkes wachzurütteln und zu intensivieren, sehen wir in der Aktivierung der unmittelbar demokratischen Institutionen, die in unserer Verfassung (Art. 43—46) vorgesehen sind. Es handelt sich dabei um das sogenannte Referendum (Volksabstimmung) und um die sogenannte Initiative (Volksbegehren). Das Referendum, d. h. die Bestätigung oder Ablehnung eines Gesetzesbeschlusses des Nationalrates durch das Volk ist obligatorisch, wenn eine Gesamtänderung der Bundesverfassung vorgenommen werden soll, ansonsten wird ein diesbezügliches Verlangen seitens der gesetzgebenden Körperschaft erfordert. Für die Initiative bedarf es eines Antrages von mindestens 200.000 Stimmberechtigten, bzw. der Hälfte der Stimmberechtigten dreier Länder. Bezeichnenderweise ist in der ersten Republik niemals eine Volksabstimmung zustande gekommen

und auch niemals ein Volksbegehren gestellt worden. Der Grund dafür, daß man von diesen verfassungsmäßigen Möglichkeiten keinen Gebrauch machte, wird weniger in der Sparsamkeit, welche die Kosten einer solchen Mobilisierung des Volkes scheut, als darin zu suchen sein, daß die Volksvertreter auf ihre Beglaubigung durch das Volk während der Dauer ihres Mandates kein besonderes Gewicht legten, und endlich darin, daß die Gewinnung von 200.000 Stimmberechtigten für ein Volksbegehren unendlich schwierig, ja nahezu unmöglich ist. In dieser Hinsicht wird eine „Ueberholung“ der Verfassung früher oder später unvermeidlich sein. Man könnte sich denken, daß einerseits das obligatorische Referendum erweitert und anderseits die Zahl der Stimmberechtigten, die ein Volksbegehren stellen, beträchtlich herabgesetzt wird. Aber auch ohne eine solche Verfassungsrevision ließe sich das „Experiment“ mit der Volksabstimmung durchführen, wenn die gesetzgebende Körperschaft größere Selbstkritik und geringere Selbstsicherheit bekundete. Fragen so entscheidender Art, wie z. B. jene der Abschaffung oder Beibehaltung der Todesstrafe, drängen gleichsam ihrer ganzen Natur nach zum direkten Volksvotum. Man kann sicher sein, daß etwa ein bis zwei Volksabstimmungen während einer Legislaturperiode des Nationalrates das lebendige Interesse des Volkes an der Demokratie, die so weit besser als durch den bloßen Wahlakt demonstriert werden kann, aufs stärkste anzuregen vermöchten. Auch von der Einführung und Nutzbarmachung unmittelbar demokratischer Institutionen in den Bundesländern dürfte man viel erwarten können. Die Schweiz, die uns immer wieder berechtigterweise als Vorbild vorgestellt wird, würde gewiß keine solch totale Demokratisierung des Volksbewußtseins erreicht haben, wenn sie gleich uns auf die Handhabung von Referendum und Initiative Verzicht geleistet hätte.

Zum Schluß sei noch ein Wort über die heranwachsende Generation und ihre Gewinnung für die Demokratie gesagt. Als Familienvater staune ich oft darüber, mit welcher großer Wissensbürde die Schule von heute unsere Kinder zu beladen bestrebt ist. Ein Wissen um die Grundbegriffe der Demokratie, das nicht auf die Kenntnis der wesentlichen Verfassungsbestimmungen beschränkt sein, sondern darüber hinaus auch etwas vom Geist und Ethos der Demokratie sowie ein Bild unseres gesamten Rechtssystems enthalten müßte, versucht die Schule indes nicht zu vermitteln. Hier wird im Zusammenhang mit

<sup>4</sup> Ebenda, S. 36

der Schul- und Erziehungsgesetzgebung, die wir erwarten, eine entscheidende Remèdure unbedingt notwendig sein. Sie wäre leichter als jede andere geistige Unterbauung der demokratischen Idee im Denken des Volkes. Im Bereiche der Universitäten und Hochschulen könnte überdies an die Schaffung von Lehrkanzeln für politische

Ethik, die seit F. W. Foerster keine akademische Vertretung mehr gefunden hat, gedacht werden.

Demokratie ist etwas Dynamisches und Vervollkommnungsfähiges. Faßt man sie als ein totes Schema, so darf man sich nicht wundern, wenn sie im Bewußtsein des Volkes bestenfalls als ein lebendiger Leichnam figuriert.

## Das soziale Erneuerungsprogramm der OeVP.

Von Staatssekretär Ferdinand Graf

**A**lle nichtmarxistischen Parteien waren sich schon im Jahre 1938 darüber im klaren, daß sie einen falschen Weg gegangen sind, da es ihnen nicht gelungen war, die Masse der Arbeiter zu erfassen und ihnen die Wege der Entproletarisierung zu weisen. Sie waren sich darüber klar, daß ein neuer Weg beschritten und ein neues Programm aufgestellt werden müsse. Aus dieser Einsicht entstand unser Parteiprogramm in den Mai- und Junitagen 1945. Wir haben keine langen Konferenzen abgehalten, es war plötzlich da, weil jeder von uns, der vor 1938 politisch gearbeitet, den Zusammenbruch miterlebt und die zweite Republik wiedererstehen gesehen hat, wußte, daß unser Programm wirklich etwas ganz Neues, etwas Revolutionäres darstellen müsse, wie es keine einzige Partei bisher aufzuweisen hatte. Dieses Programm der Oesterreichischen Volkspartei ist in wesentlichen Punkten ein Programm der Arbeitnehmer. Es ist das revolutionärste Programm seit vielen Jahrzehnten. Wir haben es bisher nur nicht praktisch verwertet und ausgenützt.

Das Wesentlichste unseres Programmes, das sich allein aus unserer christlichen Grundhaltung ableiten läßt, liegt darin, daß wir auch im staatlichen Leben in erster Linie den Menschen sehen und ihn so wollen, wie ihn der Herr geschaffen hat, mit eigenem Denken, Fühlen und Wollen. Wir lehnen die Auffassung ab, daß der Staat alles und der Mensch nichts sei; denn wir wissen, daß erst nach der Gesundung des einzelnen Menschen auch der Staat gesund kann. Jeder umgekehrte Weg führt zur Katastrophe. Ist dieses Erkennen richtig? Man höre dazu einige Arbeiterstimmen. Sie sind von Leuten, die noch nicht in der Parteiarbeit stehen und die lediglich einen Lehrgang in unserem Heim in Wartholz besucht haben. Es sind auch Söhne sozialistischer Väter darunter, größtenteils Arbeiter, die bisher jeder Partei und jeder politischen Bewegung fernstanden. Wir haben in diesem Kurs,

der von 60 Leuten besucht war, zu allen Problemen gesprochen, und am Schluß des Kurses haben wir den Kursteilnehmern vier Fragen zur Beantwortung vorgelegt: 1. Meine Auffassung über die Sozialpolitik der OeVP. 2. Wie vermittele ich mein soziales Gedankengut an die Kollegen? 3. Verstaatlichung und Werkgenossenschaft und 4. Ist Solidarismus nur ein Schlagwort?

Ich habe mir die Mühe genommen, alle Antworten durchzulesen, und ich kann nur sagen, es ist erfreulich und erstaunlich, welche Fähigkeiten in diesen einfachen Arbeitern schlummern und mit welcher Gewissenhaftigkeit und welcher Ueberlegung sie zu den Problemen Stellung nehmen. Es handelt sich, wie gesagt, um Menschen, die das erstemal die Programmgedanken unserer Partei gehört und sie unbeeinflußt aufgenommen haben.

Ein Handelsangestellter aus Villach schreibt: „Ich habe hier zum erstenmal ein ausführliches Referat über Sozialpolitik überhaupt gehört. Gewiß sind Programmpunkte darin enthalten, die vergangene Parteien auch auf ihre Fahnen geschrieben haben. Vieles ist jedoch neu und absolut durchführbar. Es ist in vielen Dingen heute noch ein Traum, der aber bei richtiger Anwendung einen durchschlagenden Erfolg bringen muß. Das neue Gedankengut tritt hier erstmals vor die Öffentlichkeit. Dieses Programm ist aber nur durchführbar, wenn auch die Wirtschaftstreibenden das notwendige Verständnis für die Arbeitnehmer aufbringen in der Erkenntnis, daß eine ablehnende Haltung auch ihren Bestand und damit den Bestand Oesterreichs gefährden könnte. Im Sozialprogramm unserer Partei ist wahre Demokratie enthalten; damit endlich auch der Klassenkampf ausgeschaltet werden kann.“

Ein Zimmermann aus Klagenfurt schreibt: „Als im Jahre 1945 der Zusammenbruch kam, da meinte ich, daß ich mich für Sozialpolitik nicht mehr interessieren werde, denn für die Linksparteien hatte